

Zeitschrift:	SES Notizen
Herausgeber:	Schweizerische Energie-Stiftung
Band:	3 (1981)
Heft:	1
Artikel:	Stellungnahme des SES zur bundesrätlichen Energiepolitik : Energieartikel des Bundesrates völlig unakzeptabel
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-585962

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stellungnahme der SES zur bündesrätlichen Energiepolitik Energieartikel des Bundesrates völlig unakzeptabel

An seiner Frühjahrsversammlung vom 27.3.81 hat der Stiftungsrat der Schweizerischen Energie-Stiftung sich eingehend mit den neuesten Vorschlägen des Bundesrates zur schweizerischen Energiepolitik befasst und dazu einhellig wie folgt Stellung genommen:

Nach jahrelangen Debatten werden dieses Jahr entscheidende Weichen in der Energiepolitik des Bundes gestellt. Von Bedeutung sind vor allem der geplante Energieartikel der Bundesverfassung, der Entscheid über Kaiseraugst und ein mögliches Elektrizitätswirtschaftsgesetz. Mit ihrem Entwurf für einen Verfassungsartikel hat die Landesregierung letzte Woche unmissverständlich klargemacht, in welche Richtung sie steuert.

Der Stiftungsrat der Schweizerischen Energie-Stiftung ist besorgt über die alarmierende Kurzsichtigkeit des Bundesrates in der Energiepolitik. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel ist praktisch wirkungslos, der politischen und wirtschaftlichen Lage völlig unangemessen und droht für die kommenden Jahre eine weitsichtige Politik zu verhindern. Er bedeutet den Verzicht auf eine aktive Energiepolitik. Der Bundesrat hat vor finanzpolitischen Tagesproblemen und dem Druck wirtschaftlicher Einzelinteressen kapituliert und sich als unfähig erwiesen, die Schweiz rechtzeitig so gut wie möglich vor absehbaren Versorgungskrisen zu schützen.

Zu nichts verpflichtend

Seit Jahren fordert die Schweizerische Energie-Stiftung eine wirksame und soziale Energiepolitik, die eine Senkung des Energieverbrauchs anstrebt und erneuerbare, umweltfreundliche Energien entschieden fördert. Nur durch Vermeidung der sinnlosen Energieverschwendungen und dezentrale, überschaubare Versorgungssysteme können wir gefährliche Abhängigkeiten vermeiden. Vor mehr als zwei Jahren hatte auch die von Wirtschaftskreisen dominierte GEK einen Verfassungsartikel vorgeschlagen, der - wenn auch völlig ungenügend - eine bessere Förderung von Sparmaßnahmen und Alternativenergien vorsah. Inzwischen haben die zweite Ölkrise von 1979/80 und die zunehmende Instabilität im Nahen Osten deutlich vor Augen geführt, wie dringend notwendig es ist, dass wir uns aus der gefährlichen Abhängigkeit vom Öl befreien. Die Beinahe-Katastrophe von Harrisburg und die wachsende Ratlosigkeit um den radio-

aktiven Abfall haben die Atomenergie noch problematischer werden lassen. Trotzdem legt der Bundesrat nun einen Verfassungsartikel vor, der weit hinter den Vorschlägen der GEK zurückbleibt, zu nichts verpflichtet, kaum neue Kompetenzen bringt und in seiner Auswirkung als Augenwischerei bezeichnet werden muss.

Alternativen auf der langen Bank

"Der Bund kann ..." heißt es im vorgeschlagenen Energie-Artikel, er muss überhaupt nichts. Und bei der Vorstellung des Artikels hat Bundesrat Schlumpf keinen Zweifel daran gelassen, dass auch die wenigen neuen Kompetenzen kaum genutzt werden sollen. Lange hat Schlumpf sich für nichts entschieden, jetzt ist er fest entschlossen nichts zu tun: Keine Vorschriften für Benzin- oder Stromverbrauch von Autos und Geräten, keine Vorschriften für Wärmedämmung, die über das hinausgehen, was die Kantone ohnehin wollen, kein Verbot von neuen verschwenderischen Elektroheizungen und keine direkte Förderung von energiesparenden Techniken und Alternativenergien.

Das kommt uns teuer

Spartechniken und dezentrale, erneuerbare Energiequellen müssen aktiv gefördert werden. Sie sind menschen- und umweltgerechter als Atomenergie und wachsender Ölverbrauch, die Leib, Leben, Gesundheit und Umwelt gefährden. Außerdem würden sie uns - wenn man richtig rechnet - viel weniger kosten. Eine lange Reihe von neueren Studien im In- und Ausland zeigen unwiderlegbar, dass die heutigen Marktstrukturen im Energiebereich verzerrt sind und zu folgenschweren Fehlentscheidungen führen. Bei gleichem Komfort könnten wir mit einem Drittel der heute verbrauchten Energie auskommen und müssten erst noch weniger dafür zahlen. Gesparte Energie ist billiger als zusätzlich erzeugte. Aber in Spartechniken investieren müssten Energieverbraucher und Hausbesitzer. Die sind aber meist finanziell schwach und müssen anders rechnen als die kapitalkräftigen Energiekonzerne, die lange auf die Verzinsung neuer teurer Produktionsanlagen warten und mit billigen alten Anlagen die Durchschnittstarife verlockend tief halten können. Da muss der Staat ausgleichen, um eine teure Verschwendungsirtschaft und gefährliche Abhängigkeiten zu vermeiden.

000000000000000000000000

Trostpflaster für Energieforschung

Zur Finanzierung solcher Massnahmen haben die Umweltorganisationen schon lange eine zweckgebundene Energieabgabe verlangt. Die GEK hat später diesen Vorschlag - in abgeschwächter Form - übernommen. Der Bundesrat will nun von alledem nichts wissen. Stattdessen soll mit einer unsozialen Warenumsatzsteuer auf dem Energieverbrauch die Bundeskasse saniert werden. Nur rund ein Drittel des Ertrags will man als Trostpflaster für Forschung und Entwicklung im Energiebereich ausgeben. Die Anwendung neuer Techniken soll nicht gefördert werden.

Gegenvorschlag: Initiative

Es war abzusehen, dass der Bundesrat einen unbefriedigenden Energieartikel vorschlagen würde. Die SES hat deshalb tatkräftig mitgeholfen, die Eidg. Volksinitiative "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" zu lancieren. Damit wurde der gefährlichen Energiepolitik der Behörden auch auf Verfassungsebene eine sinnvolle Alternative entgegengestellt. Die Energieinitiative verpflichtet den Bund, eine ausreichende, aber sparsame, umweltfreundliche und dezentrale Energieversorgung anzustreben, im Interesse des Verbrauchers Vorschriften zur Verhinderung sinnloser Energieverschwendungen zu erlassen und Erforschung, Entwicklung und Nutzung von Spartechniken sowie einheimischen, erneuerbaren Energiequellen aktiv zu fördern. Dazu soll eine zweckgebundene Energieabgabe erhoben werden, von der der Grundbedarf der Einwohner ausgenommen ist.

Der Stiftungsrat der Schweizerischen Energie-Stiftung hat beschlossen, die gefährliche Untätigkeit des Bundesrates und den vorgeschlagenen Verfassungsartikel mit allen parlamentarischen und publizistischen Mitteln zu bekämpfen. Angesichts der Unfähigkeit unserer verkrusteten Staatsinstitutionen und tonangebenden Politiker, über kurzfristige Interessen hinaus langfristig zu denken, bleiben Bürgerinitiativen und die lancierten Volksbegehren wahrscheinlich die einzige Möglichkeit, äusserst gefährliche Entwicklungen zu verhindern.